

EINWOHNERGEMEINDERAT LUTERBACH

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 15. DEZEMBER 2014

Traktanden

1. **Traktandenliste**
2. **Protokoll GR 17.11.2014 und GV 27.11.2014**
3. **Ressort Bildung**
4. **Ressort Finanzen**
 - 4.1. Erlass von Debitorenforderungen: Entscheid **(A)**
5. **Ressort Hochbau**
6. **Ressort Kultur/Jugend/Sport**
7. **Ressort Planung/Umwelt**
 - 7.1. Gesamtüberprüfung Kantonalen Richtplan; Anhörung: Stellungnahme/Entscheid
 - 7.2. Parkraumanalyse; räumlich begrenzte Massnahmen: 1. Lesung
8. **Ressort Sicherheit**
9. **Ressort Soziales**
10. **Ressort Tiefbau**
11. **Ressort Verwaltung**
 - 11.1. Innostep; Information **(A)**
 - 11.2. Personelles; Wahlvorschlag David Leuenberger als Zivilschutzkommandant-Stv.
 - 11.3. Mitteilungen
 - 11.4. Pendenzen/Termine
12. **Verschiedenes**

A = Nicht öffentliche Geschäfte

Gemeindeverwaltung, GR-Saal
18. Sitzung der Amtsperiode 2013/2017

12 . Sitzung

18.30 - 19.35 Uhr

Anwesende

Gemeinderat
CVP

Hediger Kurt
Herrmann Erich
Ochsenbein Michael, Vorsitz
Rothenbühler Hans

FDP/SVP

Nussbaumer Jürg
Rutschmann Urs

SP

Kaiser Urs
Probst Patrick

BDP

Joss Martin

sowie zu 11.1. (19.00 – 19.30 Uhr)

*Koch Sarah, Wirtschaftsförderung Solothurn
Dobler Christoph, Projektleiter Innostep*

und als Zuhörer

Schläfli Hans Peter (S)

Protokoll

Bianchi Ruedi, Gemeindeschreiber

Berichterstattung

Seiler Arnold

Presse

-

1. Traktandenliste

321.2014.12.15

Die Traktandenliste wird **genehmigt**.

2. Protokoll GR 17.11.2014 und GV 27.11.2014

322.2014.12.15

Die Protokolle der GR-Sitzung vom 17.11.2014 und der Gemeindeversammlung vom 27.11.2014 werden genehmigt.

3. Ressort Bildung

Es liegen keine Geschäfte und Informationen vor.

4. Ressort Finanzen

323.2014.12.15

5. Ressort Hochbau

Es liegen keine Geschäfte und Informationen vor.

6. Ressort Kultur/Jugend/Sport

Es liegen keine Geschäfte und Informationen vor.

7. Ressort Planung/Umwelt

7.1. Gesamtüberprüfung Kantonalen Richtplan; Anhörung: Stellungnahme/Entscheid

324.2014.12.15

Ausgangslage

Jürg Nussbaumer, RL Planung/Umwelt, erläutert die Unterlagen zum kantonalen Richtplan, bei der sich die Gemeinden im Rahmen einer Gesamtüberprüfung zur Siedlungsstrategie äussern können.

- 2013 fand eine erste Anhörung zum Entwurf 11/2012 (Gesamtüberprüfung) des kantonalen Richtplans statt.
- Die Gemeinde Luterbach nahm dabei grundsätzlich positiv Stellung zu den Leit- und Grundsätzen sowie den Handlungsstrategien.
- Im Vorprüfungsbericht des Bundes (Anfang 2014) wurde dem ARP der Auftrag erteilt, den Richtplan bezüglich der Kriterien für die Bauzonendimensionierung, aufgrund der Vorgaben aus dem revidierten Raumplanungsgesetz und den Umsetzungsinstrumenten, zu überprüfen und zu überarbeiten.
- Die überarbeiteten und neu formulierten Grundlagen liegen den Gemeinden nun zur Anhörung vor. Es sind dies die folgenden drei Dokumente:
 - 1.) Siedlungsstrategie Kanton Solothurn A. Allgemeiner Teil
 - 2.) Siedlungsstrategie Kanton Solothurn B. Einschätzung der Bauzonengrösse der Gemeinden
 - 3.) S-1 Siedlungsgebiet
- Die Ziele der kantonalen Siedlungsstrategie werden wie folgt zusammengefasst:
 - Das Siedlungsgebiet soll insgesamt nicht vergrössert werden, da es genügend gross ist den Bedarf der nächsten 20 bis 25 Jahre abzudecken.
 - Die Innenentwicklung soll vor der Aussenentwicklung gefördert werden.
 - Bauzonen sollen nur noch da geschaffen werden, wo der Bedarf ausgewiesen oder es für die Siedlungsentwicklung des Kantons wichtig ist.
- Die Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens liegt diesem Antrag bei.
- Das Gesamtpaket der Überprüfung des kantonalen Richtplans soll nach Abschluss der Anhörung öffentlich aufgelegt werden (ca. im März 2015).

Eintreten ist unbestritten.

Der Gemeinderat – nach kurzer Diskussion sowie auf die Anträge der Planungs- und Umweltschutzkommission und von Gemeindepräsident Michael Ochsenbein (Punkt 5) – **beschliesst** (einstimmig) zuhanden des Amtes für Raumplanung des Kantons Solothurn folgende Stellungnahme:

Im Rahmen der Anhörung vom 2. Oktober bis 12. Dezember 2014 betreffend die Anpassung der Siedlungsstrategie kantonaler Richtplan ergreifen wir die Gelegenheit zur Stellungnahme, unter Berücksichtigung der bereits gemachten Aussagen in der Behördenanhörung zum Richtplanentwurf 11/2012.

Gemäss Schreiben vom 2. Oktober 2014 sind die Einwohnergemeinden aufgefordert, sich insbesondere zur Nachvollziehbarkeit der Siedlungsstrategie, zur Verständlichkeit der Planungsgrundsätze und zur Eindeutigkeit der Planungsaufträge zu äussern.

1. Nachvollziehbarkeit der Siedlungsstrategie

Gemäss Siedlungsstrategie Kanton Solothurn «A. Allgemeiner Teil» legt der kantonale Richtplan im Bereich Siedlung fest, wie gross die Siedlungsfläche insgesamt ist, wie sie im Kanton verteilt sein soll und wie ihre Erweiterung regional abgestimmt wird. Gleichzeitig stellt der Richtplan sicher, dass die Bauzonen den Anforderungen des revidierten Bundesgesetzes entsprechen.

Als Grundsatz der Siedlungsstrategie wird festgehalten, dass das Siedlungsgebiet (Bauzonen und Reservezonen) genügend gross für die nächsten 20 - 25 Jahre ist. Die Fläche wird deshalb im Richtplan festgesetzt. Dennoch sind die heute bestehenden Reservezonen auf ihre Lage und Grösse zu überprüfen und im Regelfall der Landwirtschaftszone zuzuweisen. Nur in raumplanerisch begründbaren Fällen können die betroffenen Flächen weiterhin in den Reservezonen belassen werden (z. B. Reservezonen in einem Entwicklungsgebiet Arbeiten).

Es ist nicht eindeutig nachvollziehbar, warum das bestehende Siedlungsgebiet in seinem heutigen Umfang von 9'023 ha im kantonalen Richtplan festgesetzt werden soll, wenn trotzdem sämtliche Reservezonen auf ihre Lage und Grösse zu überprüfen und in der Regel der Landwirtschaftszone zuzuweisen sind. Warum wird nicht von Beginn weg ein flächenmässig kleineres Siedlungsgebiet festgesetzt, z. B. nur die Fläche der bestehenden Bauzonen? Was passiert nach erfolgter Zuweisung der Reservezonen zur Landwirtschaftszone mit der Differenz zwischen festgelegtem und tatsächlichem Siedlungsgebiet? Dient diese zur Schaffung von Handlungsspielräumen zugunsten von Siedlungserweiterungen von kantonaler oder regionaler Bedeutung? Resp. dient der Verzicht auf Reservezonen in den einen Gemeinden der Sicherung der im Richtplan festgelegten Änderungen des Siedlungsgebietes, z.B. in Biberist, Solothurn, Bettlach/Grenchen und Egerkingen/Härkingen/Neuendorf?

Sollte dies die Absicht sein, erscheinen uns die Vorhaben zur Erweiterung des Siedlungsgebietes von übergeordneter Bedeutung, wie bereits in der Stellungnahme zum Entwurf 11/2012 erwähnt, weiterhin als problematisch. Einerseits sehen wir keinen Spielraum für eine «interkommunale Kompensation» auf eigenem Gemeindegebiet, da sich durch die Entwicklung der Arbeitszone «Attisholz» ein erhöhter Wohnraumbedarf abzeichnet. Andererseits wird im Richtplan weiterhin nicht eindeutig aufgezeigt, worin der Mechanismus des Ausgleichs besteht.

*Gemäss Siedlungsstrategie Kanton Solothurn «B. Einschätzung der Bauzonengrösse der Gemeinden» macht der Richtplan sowohl Aussagen zu Umfang als auch Lage des Siedlungsgebiets. Der Richtplan gibt somit den Rahmen vor für die räumliche Anordnung neuer Bauzonen, für die Verbesserung der Lage unbebauter Bauzonen («Umlagerung» von Bauzonen) und – wenn Handlungsbedarf besteht – für die Etap-
pierung und die räumliche Anordnung von Rückzonungen.*

Der Umfang des Siedlungsgebietes beträgt gemäss Festsetzung im Richtplan 9'023 ha. Wie und wodurch wird die Lage des Siedlungsgebiets beschrieben? Geschieht dies mittels der Darstellung in der Richtplan-Gesamtkarte? Reicht dies aus, um den Rahmen für die räumliche Anordnung neuer Bauzonen, für die Umlagerung unbebauter Bauzonen oder die räumliche Anordnung von Rückzonungen vorzugeben? Nach erfolgter Zuweisung der Reservezonen zur Landwirtschaftszone wird das Siedlungsgebiet zudem in den meisten Fällen nur noch aus den bereits bestehenden Bauzonen zusammengesetzt sein. Wie kann bzw. soll der Richtplan in dieser Hinsicht Vorgaben zur räumlichen Anordnung der Bauzonen, deren Umlagerung oder Rückzonung machen?

Für die Einschätzung der Gemeinden bezüglich der Bauzonengrösse und daraus abgeleitet des künftigen Bedarfs für die Wohn-, Misch- und Zentrumszonen wählte der Kanton Solothurn ein dreistufiges Vorgehen (vgl. Siedlungsstrategie «B. Einschätzung der Bauzonengrösse der Gemeinden»).

In einem ersten Schritt wurde das Verhältnis der unbebauten zu den bebauten Bauzonen je Gemeinde bestimmt. Gemeinden, bei denen der Anteil der unbebauten Bauzonen grösser als 20% ist, wurden mit einem roten Punkt bewertet und beauftragt zu überprüfen, ob die Bauzonen dem Bedarf für die nächsten 15 Jahre entsprechen.

Es ist nicht nachvollziehbar, inwiefern dieses Verhältnis Aussagen über den künftig zu erwartenden Bauzonenbedarf einer Gemeinde machen kann, da das Resultat hauptsächlich von der Ausgangslage (Grösse der bebauten Bauzonenfläche) abhängig ist. Es ist zwar tendenziell davon auszugehen, dass Gemeinden mit einem grossen Anteil an unbebauten Bauzonen eher überdimensionierte Bauzonen in Hinblick auf ihren Bedarf haben. Dies trifft aber nicht zwingenderweise zu. So gibt es gemäss Anhang 1 diverse Gemeinden, welche einen ungünstigen Anteil an unbebauten Bauzonen aufweisen und trotzdem die geforderten Dichten erreichen und den künftigen Bauzonenbedarf nicht überschreiten. Es gibt zudem Beispiele, die zeigen, dass auch der gegenteilige Fall möglich ist.

Im dritten Schritt wurde der Bauzonenbedarf je Gemeinde abgeschätzt. Dazu wurde das theoretische Einwohnerpotenzial berechnet, welches sich aus einem Faktor an Verdichtungspotenzial in den bebauten Bauzonen und der Anzahl Personen zusammensetzt, die theoretisch in den unbebauten Bauzonen Platz haben. Aus dem Verhältnis des berechneten theoretischen Einwohnerpotenzials und der Bevölkerungsprognose kann der Bauzonenbedarf einer Gemeinde abgeleitet werden.

Bei der Ausweisung der Bauzonenkapazität einer Gemeinde muss somit das Verdichtungspotenzial in der Berechnung berücksichtigt werden. Es bestehen aber (wie bereits in der Stellungnahme zum Entwurf 11/2012 angemerkt) weiterhin Defizite bezüglich der verfügbaren griffigen Instrumente zur Durchsetzung sowie gute Beispiele zur Veranschaulichung der Verdichtung resp. der Siedlungsentwicklung nach Innen.

2. Verständlichkeit der Planungsgrundsätze

Die Formulierung der Planungsgrundsätze ist grundsätzlich verständlich und eindeutig. Zur Nachvollziehbarkeit haben wir uns teilweise in den vorangehenden Abschnitten geäussert.

Bei den folgenden Grundsätzen ist insbesondere nicht klar, wie der Forderung einer Nachweisung nachgekommen werden kann.

- **Der Richtplan schreibt vor, dass bei Einzonungen in der Regel nachzuweisen sei, dass diese «innerhalb des Siedlungsgebietes zu liegen» kommen. Wie kann dieser Grundsatz erfüllt werden, wenn die Darstellung des Siedlungsgebiets in der Richtplan-Gesamtkarte auf dem Bestand der heute ausgewiesenen Bauzonen und Reserveflächen basiert und zusätzlich die bestehenden Reservezonen grundsätzlich der Landwirtschaftszone zuzuweisen sind? Dies würde bedeuten, dass nur die Vorhaben von kantonaler Bedeutung, welche als Reservezonen deklariert sind, überhaupt noch eingezont werden können.**
- **Der Richtplan schreibt vor, dass bei Einzonungen nachzuweisen ist, wie diese regional abgestimmt wurden. Wie kann dies erfüllt werden?**
- **Der Richtplan schreibt vor, dass bei Einzonungen dafür zu sorgen ist, dass diese mittelfristig (innerhalb von 5 bis 10 Jahren) flächengleich mit Bauzonen kompensiert werden. Ist dies weiterhin Voraussetzung, auch wenn nachgewiesen werden kann, dass der Bedarf gegeben und die Potenziale in den bestehenden Bauzonen weitgehend ausgeschöpft sind?**

3. Eindeutigkeit der Planungsaufträge

Die Planungsaufträge an die Gemeinden sind eindeutig formuliert und erscheinen uns zielführend.

Teilweise ist zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht klar, wie die Aufträge umgesetzt werden können (sollen). Beispielsweise ist nicht klar, wie überdimensionierte Bauzonen unter Berücksichtigung eines Planungsausgleiches rückgezont werden sollen oder welche Massnahmen zur Verflüssigung von nicht verfügbaren Bauzonen ergriffen werden können.




S-1.1.14 besagt, dass Gemeinden mit zu grossen Bauzonen (Wohn-, Misch- und Zentrumszonen) und Gemeinden mit grossen unbebauten Arbeitszonen spätestens 5 Jahre nach der Genehmigung des kantonalen Richtplans durch den Bundesrat die planungsrechtliche Sicherung von überdimensionierten Bauzonen treffen.

Es stellt sich die Frage, wo, wann und durch wen bestimmt wird, welche Gemeinden zu grosse unbebaute Bauzonenflächen aufweisen und somit von dieser Massnahme betroffen sind. Grundsätzlich wird der Bauzonenbedarf einer Gemeinde gemäss S-1.1.13 im Rahmen der Ortsplanungsrevision berechnet. Falls die Gemeinden mit zu grossen unbebauten Bauzonen aufgrund der Einteilung in der Siedlungsstrategie «B. Einschätzung der Bauzonengrösse der Gemeinden» bestimmt werden sollen, sind wir mit diesem Vorgehen nicht einverstanden. Die Gemeinde Luterbach besteht darauf, zumindest die Gelegenheit eingeräumt zu bekommen, nachweisen zu können, dass ihre Bauzonenreserven nicht überdimensioniert sind und sie dementsprechend nicht dazu beauftragt ist, planungsrechtliche Massnahmen zur Sicherung von überdimensionierten Bauzonen zu treffen.

4. Weiteres

Zusätzlich zu den gemäss Schreiben vom 2. Oktober 2014 gewünschten Inhalten der Stellungnahme äussern wir uns wie folgt zum Teil B «Einschätzung der Bauzonengrösse der Gemeinden»:

Wir stellen fest, dass die Gemeinde gemäss der gutachterlich festgelegten Einteilung im Teil «B. Einschätzung der Bauzonengrösse der Gemeinden» einen mittleren Anteil an unbebauten Wohn-, Misch- und Zentrumszonen (Verhältnis von bebaute/unbebaute Bauzonen), eine bessere Dichte als der Medianwert und zudem eher zu grosse Bauzonen aufweist.

Gemeinde	Bezirk	Handlungsraum	WMZ unbebaut/bebaut	WMZ Dichte	Bauzonenbedarf	Kommentar
Luterbach	Wasseramt	agglomerationsgeprägt				Mittlerer Anteil an unbebauten Bauzonen; Dichte besser als der Medianwert; Bauzonen eher zu gross. Bevölkerungsentwicklung liegt im Bereich des hohen Szenarios. Handlungsbedarf: Die Gemeinde hat zu prüfen, ob die Bauzonen dem Bedarf für die nächsten 15 Jahre entsprechen.

Der Handlungsbedarf von Luterbach besteht somit darin, zu überprüfen, ob die Bauzonen dem Bedarf für die nächsten 15 Jahre entsprechen. Dabei müssen die vom Kanton bereitgestellten Grundlagen der Siedlungsstrategie berücksichtigt und die entsprechenden Vorgaben umgesetzt werden (Planungsauftrag S-1.1.13).

Gemäss Planungsauftrag S-1.1.14 sind Gemeinden mit zu grossen Bauzonen, was anscheinend auf Luterbach zutreffen soll (vgl. Bemerkung über die Zuständigkeit in Kapitel 3), dazu aufgefordert, spätestens 5 Jahre nach der Genehmigung des kantonalen Richtplans durch den Bundesrat die notwendigen Massnahmen zur planungsrechtlichen Sicherung von überdimensionierten Bauzonen zu treffen.

Da die Berechnungsgrundlagen des Kantons zurzeit leider nicht verfügbar und damit nicht nachvollziehbar sind, haben wir selber eine Grobüberprüfung des Fassungsvermögens betreffend Wohn-, Misch- und Zentrumszonen vorgenommen. Entgegen den Annahmen des Kantons gelangen wir zum Schluss, über keine überdimensionierten Bauzonen (WMZ) zu verfügen und wünschen daher eine Berichtigung der vorgenommenen Einschätzung und Einteilung. Darin noch nicht berücksichtigt ist, dass für die Gemeinde Luterbach aufgrund der Entwicklung des Attisholz-Areals insgesamt von einer überdurchschnittlichen Bevölkerungsentwicklung auszugehen ist, was wiederum einen höheren Baulandbedarf für Wohnen in den kommenden Jahren begründen würde.



Konkret beschäftigen uns hinsichtlich der Festlegung der Bauzonengrösse die folgenden zentralen Fragen, welche z. T. bereits in den vorhergehenden Kapiteln aufgeworfen bzw. angesprochen wurden:

- **Wie ist es für die Gemeinde Luterbach möglich, Neueinzonungen zu tätigen, wenn diese grundsätzlich zu kompensieren sind und die Kompensation nicht auf Gemeindegebiet erfolgen kann (angenommen, dass die vorhandenen Bauzonenreserven dem Bedarf der nächsten 15 Jahren nicht genügen)?**
- **Wie ist es für die Gemeinde Luterbach möglich, Neueinzonungen zu tätigen, welche nachgewiesen innerhalb des Siedlungsgebietes zu liegen kommen müssen (angenommen das Siedlungsgebiet wurde bereits ausgeschöpft)?**
- **Wir nehmen weiterhin eine kritische Haltung ein bezüglich der für die Umsetzung der Siedlungsstrategie notwendigen Instrumente, welche zurzeit noch nicht verfügbar sind. Die Erarbeitung solcher Umsetzungsinstrumente wurde zwar als Planungsauftrag an den Kanton im Richtplan festgehalten, es ist jedoch weiterhin nicht klar, wann diese verfügbar sind und wie diese tatsächlich funktionieren werden. Eine tiefgründige Auseinandersetzung mit der weiteren Ortsentwicklung,**

der Bauzonengrösse und der räumlichen Anordnung dieser scheint erst nach Bekanntgabe der Instrumente und deren Funktionsweise sinnvoll.

- **Wir nehmen weiterhin eine kritische Haltung betreffend der Ausgleichsmechanismen im Zusammenhang mit den Siedlungserweiterungen von kantonaler Bedeutung ein. Wie würden wir im Falle eines Verzichts auf Reservezonen zugunsten von Siedlungserweiterungen, z.B. in den Gemeinden Biberist oder Solothurn, entschädigt werden?**

Wir stellen fest, dass die Gemeinde gemäss der gutachterlich festgelegten Einteilung im Teil «B. Einschätzung der Bauzonengrösse der Gemeinden» einen hohen Anteil an unbebauten Arbeitszonen aufweist, wobei die unbebaute Fläche grösser als 2 ha ist. Dazu ist die Dichte in den Arbeitszonen schlechter als der Medianwert.

Gemeinde	Bezirk	Handlungsraum	Arbeitszonen unbebaut/bebaut	Arbeitsplatz- dichte	Kommentar
Luterbach	Wasseramt	agglomerations- geprägt			Hoher Anteil an unbebauter Arbeitszone; unbebaute Arbeitszone ist grösser als 2 ha; Dichte ist schlechter als der Medianwert; Gemeinde hat ein Umstrukturierungsgebiet (Attisholz Süd); dieses Gebiet ist auch kantonales Entwicklungsgebiet Arbeiten; das Gebiet „Unterdorf“ ist kantonales Entwicklungsgebiet Arbeiten (mit der Gemeinde Derendingen). Handlungsbedarf: Die Gemeinde hat zu prüfen, ob die Arbeitszonen eine zweckmässige Grösse aufweisen.

Gemäss dieser Beurteilung hat die Gemeinde Luterbach zu prüfen, ob die Arbeitszonen eine zweckmässige Grösse aufweisen.

Die Gemeinde Luterbach hat am 5. Juni 2013 ein räumliches Teilleitbild «Arbeiten» erlassen. Gemäss § 10 Abs. 2 Planungs- und Baugesetz (PBG) haben die Gemeinden ihre Ortsplanung in der Regel alle 10 Jahre zu überprüfen und wenn nötig anzupassen. Vor dem eigentlichen Nutzungsplanverfahren muss in einem ersten Arbeitsschritt ein räumliches Leitbild als wichtige Grundlage für die Revision erarbeitet werden (§ 9 Abs. 3 PBG). Die Ortsplanungsrevision steht in der Gemeinde Luterbach in den kommenden Jahren an. In einem ersten Schritt wurde, in Hinblick auf die Entwicklung des «Attisholz-Areals», losgelöst von der eigentlichen Ortsplanungsrevision, für den Bereich Arbeiten ein Teilleitbild «Arbeiten» unter Mitwirkung der Bevölkerung erarbeitet. In diesem Teilleitbild abgehandelt werden die Areale «Attisholz Süd», «Ruchacker» und «Schoeller». Der Teilzonen- und Erschliessungsplan «Attisholz Süd» steht kurz vor der regierungsrätlichen Genehmigung.

Wir erachten damit unsere Pflichten hinsichtlich Überprüfung und Erlass eines Leitbildes im Bereich Arbeiten als bereits erfüllt, denn das Vorgehen wurde unter der Zustimmung des Kantons in der geforderten Art durchgeführt. Die Überprüfung der zweckmässigen Grösse der Arbeitszonen in der Gemeinde Luterbach wird als erbracht erachtet und eine erneute Überprüfung erübrigt sich daher.

5. Schlussbemerkungen

Wir gehen davon aus, dass das Amt für Raumplanung zu unseren Fragen Stellung nimmt, bevor die nächsten Verfahrensschritte eingeleitet werden.

Weiter ersuchen wir das ARP uns die auf Anfrage zugesicherten Berechnungsmethoden zur Einschätzung der Bauzonengrösse der Gemeinden noch zur Verfügung zu stellen.

An einem Gespräch zu den aufgeworfenen Feststellungen und Fragen wären wir sehr interessiert.

- Amt für Raumplanung SO (per Mail/Brief) °
- WAM Planer und Ingenieure AG, Florastrasse 2, 4502 Solothurn
- Planungs- und Umweltschutzkommission
- RL Planung/Umwelt
- Akten 21

7.2. Parkraumanalyse; räumlich begrenzte Massnahmen: 1. Lesung

325.2014.12.15

Ausgangslage

Der Gemeinderat Luterbach beschloss anlässlich seiner Sitzung vom 25.11.2013, auf die Einführung einer flächendeckenden Parkplatzbewirtschaftung zu verzichten. Anstelle flächendeckender Massnahmen beauftragte er die PUK mit der Ausarbeitung räumlich begrenzter Massnahmen zur Behebung vorhandener Konflikte, namentlich in folgenden Gebieten:

- Bahnhofareal und angrenzende Strassenzüge (Raum Hauptstrasse/Poststrasse/Bahnhofstrasse)
- Schulareal und angrenzende Strassenzüge
- Industriestrasse
- Umgebung Friedhofareal

Jürg Nussbaumer, RL Planung/Umwelt, erläutert den Antrag der Planungs- und Umweltschutzkommission (PUK).

Bahnhofareal und angrenzende Strassenzüge

Im Rahmen der Untersuchungen wurde festgestellt, dass sich der Regelungsbedarf bezüglich Parkierung auf die Güterstrasse beschränkt. Tagsüber weichen potenzielle Park-and-Ride-Kunden der SBB auf die Güterstrasse aus, um die Parkgebühren auf den P&R-Parkplätzen zu vermeiden. Abends wird relativ «wild» entlang der Güterstrasse parkiert, vermutlich durch Kunden des dortigen Restaurants.

Mit dem Markieren von Parkfeldern an dafür geeigneten Stellen wird die Voraussetzung für ein geregeltes Parkieren entlang der Güterstrasse geschaffen. Parkieren ausserhalb dieser Felder ist nicht mehr gestattet und kann gebüsst werden. Die Parkfelder sollen blau markiert werden, was bedeutet, dass das Parkieren an Werktagen zwischen 08:00 und 19:00 Uhr auf maximal 90 Minuten beschränkt wird (Ausnahme: Mittag zwischen 11:30 und 14:30).

Die Poststrasse wird als Schulweg rege genutzt. Gemäss Anwohnerberichten kommt es auf dem Abschnitt zwischen Bahnhof- und Hauptstrasse regelmässig zu Konflikten zwischen Schülern und Motorwagen, welche die Poststrasse als „Abkürzung“ benutzen. Mit der Einführung eines Einbahnregimes im Bereich zwischen den bestehenden Verengungen könnte diesem Konflikt entgegen gewirkt werden. Die erlaubte Fahrtrichtung müsste von Osten nach Westen verlaufen, damit wäre die Längsparkierung im Bereich Denner weiterhin möglich.

An zwei Stellen im Untersuchungsgebiet ist die heute bestehende Rechtsvortrittssituation problematisch: Bei der östlichen Einmündung der Poststrasse in die Bahnhofstrasse und bei der Einmündung der Blockstrasse in die Hauptstrasse. An beiden Stellen wird empfohlen, den Rechtsvortritt aufzuheben.

Umgebung Friedhofareal

Im Bereich des Friedhofes kommt es regelmässig zu Parkierungen durch Unbefugte, insbesondere auf der Südseite, bei den Parkfeldern entlang der Friedhofstrasse. Die Abklärungen haben nun gezeigt, dass die bestehende Signalisation präzise den Anforderungen entspricht (Privilegierung von Friedhofbesuchern) und bereits alle rechtlichen Möglichkeiten (Richterliches Verbot) ausschöpft. Abhilfe schaffen kann hier nur die Anzeige von missbräuchlichem Verhalten. Auf der Nordseite, im Bereich des Steinlabyrinths, ist die Parkierung auf der öffentlichen Parzelle unregelt. Falls Bedarf besteht, kann hier eine analoge Signalisation wie auf der Südseite gesetzt werden.

Industriestrasse

Entlang der Industriestrasse, im Gewerbegebiet Ruchacker, wird regelmässig parkiert, teilweise bei Grossanlässen, teilweise auch durch Angestellte oder Kunden/Lieferanten der Gewerbebetriebe. Die PUK ist der Auffassung, dass die heutige Situation nicht kritisch ist, solange es nicht zu Behinderungen für durchfahrende Last- und Lieferwagen kommt. Die Situation soll weiter beobachtet werden. Bei einer Verschärfung, z.B. durch Nutzungsänderungen oder neue Überbauungen, soll mit einem beidseitigen Parkverbot, analog der Nordstrasse, reagiert werden.

Schulareal und angrenzende Strassenzüge

In der Umgebung des Schulareals grassiert trotz diverser Massnahmen weiterhin das Phänomen der „Elterntaxi“, mit entsprechender Gefährdung von Schülern, welche zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs sind. Die PUK hat diverse Massnahmen diskutiert und ist zum Schluss gekommen, dass diese zwingend in Zusammenarbeit mit der Schule und unter Berücksichtigung der neuen räumlichen Situation mit dem Neubau angegangen werden müssen. Eine Begehung mit der Schulleitung hat bereits stattgefunden. Anfang Januar findet eine Koordinationssitzung mit der Lehrerschaft statt. Die PUK wird dem Gemeinderat im Frühjahr ein Massnahmenpaket unterbreiten.

Antrag

Die PUK unterbreitet dem Gemeinderat die Verkehrsmassnahmen gemäss Planbeilage und die obenstehenden Erwägungen zur Diskussion, mit der Bitte um Freigabe zur weiteren Umsetzung durch die Baukommission.

Vorgehen

- a) Das Geschäft geht zur Stellungnahme an die Baukommission.
- b) Die Fraktionen werden ersucht, allfällige Anträge vor der nächsten Sitzung einzureichen.
- c) Die Weiterberatung erfolgt an der Sitzung vom 19.1.2015.

- Planungs- und Umweltschutzkommission
- Baukommission (P, A – Planzustellung durch RL)
- WAM Planer und Ingenieure AG, Florastrasse 2, 4502 Solothurn
- Herr und Frau Steve und Salome Parel, Hauptstrasse 24
- RL Planung/Umwelt
- Akten 21, P/GR

8. Ressort Sicherheit

9. Ressort Soziales

10. Ressort Tiefbau

Es liegen keine Geschäfte und Informationen vor.

11. Ressort Verwaltung

11.2. Personelles; Wahlvorschlag David Leuenberger als Zivilschutzkommandant-Stv.

327.2014.12.15

Wahlgeschäft

Auf Vorschlag der Zivilschutzkommission Zuchwil-Luterbach **wählt der Gemeinderat** (einstimmig) für den Rest der Amtsdauer 2013/17 zum Zivilschutzkommandant-Stellvertreter der R ZSO Zuchwil-Luterbach

David Leuenberger, Drosselweg 28, 4528 Zuchwil.

Er übernimmt diese Funktion anstelle von Peter Kosmann, der auf den 31.12.2014 seine Demission eingereicht hat.

- Gewählter
- Zivilschutzkommission Zuchwil-Luterbach
- RL Sicherheit
- RL Verwaltung
- Verwaltung (Behördenverzeichnis)
- Akten W

11.3. Mitteilungen

328.2014.12.15

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von folgenden Mitteilungen:

1. Dep. für Bildung und Kultur SO; Reduktion des Kredites Schulgelder
2. Bau- und Justizdep. SO; Verkehrsbeschränkung Derendingen-/Friedhofstrasse
3. Vitamin B; Seminarprogramm 2014 für Vereinsvorstände
4. FC Basel; Einladung zur Vorstellung des Hospitality-Konzeptes
5. Kanton SO; Einladung zur Verleihung der Kunst- und Kulturpreise
6. Schwabe; Angebot für „Historisches Lexikon der Schweiz“ (mit Beitrag über Luterbach)
7. Verband Fernwärme Schweiz; Einladung zum Fernwärme-Forum
8. Umweltarena; Angebot für Führungen durch die Umwelt-Arena Spreitenbach
9. Pro Senectute Solothurn; Dank für Gemeindebeitrag
10. Alters- und Pflegeheim Wengistein; Infoschrift November 2014
11. Mollet Energie AG; Kundenzeitschrift Winter 2014 (Interview mit Bauverwalter B. Schultis)
12. H + P Architekten AG; Information zu Geschäftszusammenlegung

13. Bürgergemeinde; Termine 2015
14. Amt für Wirtschaft und Arbeit SO; Bewilligung Geflügel- und Kaninchenausstellung
15. Kdo Stab FU Bat 20; Rückblick auf WK in Luterbach
16. 7 Werbeflyer und Prospekte

11.4. Pendenzen/Termine

329.2014.12.15

Die Pendenzenliste wird anhand der heutigen Entscheide aktualisiert.

12. Verschiedenes

330.2014.12.15

Die WG TREFFPUNKT überraschte den Gemeinderat und die Verwaltung mit Mohrenköpfen.

Der Gemeinderat dankt der sozialen Institution für dieses feine Geschenk und wünscht der Trägerschaft, dem Personal und den Bewohnern ein frohes Weihnachtsfest und ein glückvolles Jahr 2015!

- WG Treffpunkt, Hauptstrasse 7
- RL Soziales
- Akten 11

Für den Einwohnergemeinderat Luterbach

R. Bianchi, Gemeindeschreiber